

Arnold nicht zufrieden mit Entscheidung zu Genmais

SPD-Bundestagsabgeordneter zu möglichem EU-weitem Anbau

(pm) Der Frust über die Haltung der Bundesregierung bei der Zulassung von Genmais ist immer noch groß: Am 11. Februar hatte der EU-Ministerrat darüber abgestimmt, ob in der EU künftig Genmais der Linie 1507 angebaut werden darf oder nicht. Die Bundesregierung hatte sich dabei enthalten. Das sorgte bei vielen Verbrauchern für Unverständnis – und das bekommen auch die Bundestagsabgeordneten zu spüren.

Wie der Nürtinger Abgeordneten Rainer Arnold (SPD) in einer Presseerklärung mitteilt, erhält er dazu seit Wochen massenhaft Post. „Die Enttäuschung über die Enthaltung der Bundesregierung kann ich gut verstehen“, so Arnold, „schließlich lehnen wir in der SPD-Bundestagsfraktion, aber auch die SPD-Minister in der Bundesregierung die Zulassung von Genmais ab.“ Allerdings habe das Ergebnis der letzten Bundestagswahl nun einmal zu einer Großen Koalition geführt – und diese bestehe bekanntlich nicht nur aus der SPD.

Zwar ist mit der CSU noch ein weiterer Koalitionspartner gegen den Anbau. Die CDU-geführten Ministerien für Forschung und Gesundheit und vor allem das Kanzleramt beharrten aber auf der Zulassung von Genmais. Und wenn sich die Ministerien vor einer Abstimmung auf EU-Ebene nicht auf eine Position einigen könnten, regle die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien, dass Deutschland sich enthalten müsse. „Das gefällt uns zwar nicht. Aber wir sind ein seriöser Koalitionspartner, der sich an vereinbarte Regeln hält“, so Arnold. „Andernfalls wäre die Arbeit in einem Zweckbündnis, wie es diese Koalition ist, nicht machbar.“

Nachdem sich bei der Abstimmung unter den 28 Mitgliedsstaaten weder eine qualifizierte Mehrheit für noch gegen den Anbau gefunden hatte, habe die EU-Kommission bereits angekündigt, den Anbau zuzulassen. Zwar seien auch Ausstiegsklauseln für die Mitgliedsstaaten im Gespräch. So habe die EU-Kommission vor drei Jahren vorgeschlagen, den Mitgliedsstaaten mehr Freiheiten einzuräumen bei der Entscheidung, ob sie den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zulassen wollen oder nicht. Dieser Vorschlag sei unter anderem von Deutschland blockiert worden. SPD-Mann Arnold setzt nun darauf, dass „alle verbliebenen Spielräume genutzt werden, um den Anbau hier bei uns zu verhindern“.

Wichtig ist für Arnold jetzt auch ein neuer Anlauf der Bundesregierung für eine EU-weite Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit Genmais gefüttert wurden. Dann könnten Verbraucher leicht erkennen, ob gentechnisch veränderter Mais eingesetzt wurde – und das Produkt gegebenenfalls meiden. Die Bundesregierung müsse sich hier bewegen, aber auch die Verbraucher hätten mehr Macht, als ihnen bewusst sei, ist Arnold überzeugt: „Es gibt keine wirkungsvollere Abstimmung als mit den Füßen.“

Ende Januar hatten die Grünen im Bundestag einen Gesetzesantrag für ein Verbot der genveränderten Maissorte 1507 der Firma Dupont-Pioneer in Deutschland gestellt. Der Nürtinger SPD-Abgeordnete hatte allerdings, wie nahezu alle Mitglieder der Großen Koalition, diesen Antrag der Grünen abgelehnt.